

Für ein halbes Prozent ...

Warum lässt die Regierung das Volk nicht selbst entscheiden? Die Frage ist einfach: „Wollen Sie lieber zwei Jahre später in Rente gehen oder einen um 0,5 Prozentpunkte höheren Rentenbeitrag?“

Bei 3000 Euro brutto wären 0,25 Prozent 7,50 Euro im Monat mehr, bei 2000 Euro brutto fünf Euro mehr. Den gleichen Betrag müsste der Unternehmer dazu legen. Noch nicht mal ab sofort, sondern bis 2030 allmählich ansteigend. So viel – oder besser wenig – kostet es, weiter mit 65 und nicht erst mit 67 in Rente gehen zu können.

Die Regierung findet das zu viel. Sie hat aber kein Problem damit, den Versicherten monatliche Zusatzbeiträge zur Kran-

kenversicherung aufzubürden. Und die drohen in den nächsten Jahren deutlich höher zu werden. Sachzwang oder Politik im Dienste der Unternehmer und der privaten Versicherungskonzerne?

Nur ein Viertel der 60- bis 65-Jährigen ist sozialversichert beschäftigt. Für die Allermeisten wird in Zukunft Rente mit 67 nichts anderes bedeuten als Rentenkürzung. Wer weiter mit 65 aufhört, bekommt 7,2 Prozent weniger Rente.

Gerecht geht anders! Wir wollen keine Rente erst mit 67! Wer nicht mehr kann, muss vor 65 zu guten Bedingungen aufhören können. Wir brauchen regelmäßig höhere Lohnsteigerungen. 0,25 Prozent mehr kommen dann aus der Portokasse.

